

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Einschluss 90 Pf. Grundgebühr auf Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen u. Stellenangebote. — Schluss der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beläge, Verkaufsstelle von Holzplanken auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. S. Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 63

Dresden, Montag, 16. März

1925

Die Reichspräsidentenwahl.

Dr. Feld als 6. Kandidat.

München, 14. März.

Der Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei billigte einstimmig die Haltung der Unterhändler der Partei bei den Verhandlungen in Berlin zwecks Aufstellung eines bürgerlichen Sammellistenkandidaten für das Amt des Reichspräsidenten. Er nahm mit Bedauern davon Kenntnis, daß in letzter Stunde die ausgerichteten Verhandlungen scheiterten.

Zu die jetzt aufgestellten Kandidaten im Augenblick zu dem Gedanken einer Sammellistenkandidatur ständen. In der Sache der Bayerischen Volkspartei nicht in der Lage, den Wählern der Partei einen der bereits bekannten Kandidaten zur Wahl zu empfehlen. Andererseits müsse auch Stimmenthaltung vermieden werden, da diese Verleugung der abgegebenen Stimmen einer Forderung der Kandidatur ausgesprochen hätte gerichteter Gegner der Bayerischen Volkspartei gleichkommen würde. Unter diesen Umständen beschloß der Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei einstimmig als Kandidaten den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Feld anzustellen.

Die Aufnahmeverklärung des im Landesauschuss anwesenden Ministerpräsidenten Dr. Feld wurde mit stürmischem langandauerndem Beifall aufgenommen.

Der Bayerische Bauern- und Mittelstandsbund wartet ab.

München, 15. März.

Die hier abgehaltene Landesvorstandssitzung des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes beschäftigte sich u. a. auch mit der Frage der Reichspräsidentenwahl. Nach längerer Verhandlung wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

Der Landesvorstand des Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbundes bedauert es lebhaft, daß es wieder einmal in einem ausschlaggebenden Augenblick nicht gelungen ist, die Zusammenfassung aller bürgerlichen Parteien zu erreichen. Was die Haltung der Partei zu den bereits nominierten Kandidaten betrifft, so ist der Landesvorstand zu folgendem Beschlusse gekommen:

Die Unterstützung der Kandidatur der Linken kommt für den Bayerischen Bauern- und Mittelstandsbund nicht in Frage. Der Landesvorstand hat es aber auch abgelehnt, die Wahl des Kandidaten der Rechtsparteien seinen Mitgliedern und Anhängern zu empfehlen.

Welchen Kandidaten die Parteileitung ihnen vorschlagen wird, hängt von der Entscheidung ab, die die Fraktionsversammlung der Wirtschaftlichen Vereinigung trifft, die am nächsten Dienstag in Berlin stattfindet.

Ludendorff als völkischer Kandidat?

München, 16. März.

Hilfer fordert im „Völk. Kurier“ die Aufstellung eines völkischen Kandidaten. In dem sich der Freiheitliche des deutschen Volkes verleihe. Weiter hat Ludendorff im Organ Hilfers eine Rundgebung veröffentlicht, in der er seine ganze Kraft für das Volk- und Staatswohl zur Verfügung stellt. Hilfer selbst hat alle bisher genannten Kandidaturen, auch die von Jares, schärf abgelehnt. Die offizielle Aufstellung Ludendorffs als völkischen Kandidaten der Völkischen steht unmittelbar bevor.

Englische Ratschläge an Polen.

Freiwillige Rückgabe des Korridors und Oberschlesiens?

London, 16. März.

Der „Observer“ führt in einem Leitartikel aus, jeder Rückblick auf die Geschichte der letzten Zeit bilde eine Warnung für die Regierungen des Versailler Vertrages, sich vor dem Glauben zu hüten, daß Gewalt das geeignete Mittel sei, ihn aufrecht zu erhalten. All das, was am Verträge gut und richtig sei, werde durch seine Fehler und Unzweckigkeiten gefährdet.

Die Beseitigung dieser Fehler sei wesentlich für die Konsolidierung Osteuropas.

Der Rat, den man als Freund Polens diesem Lande erteilen müsse, sei der, daß es ein todbringendes Geschenk erhalten habe in Gestalt von Grenzlinien, die geeignet seien, gerade im Augenblick der Wiedergeburt Polens die gemeinsame ver-

hängnisvolle Gegnerschaft Deutschlands und Rußlands wieder zu beleben. Kein Freund Polens könne besseren Rat geben als den, der Deutschland nach 1871 wiederholt erteilt wurde, nämlich zu erwägen, ob die territoriale Regelung wirklich gut sei.

Der diplomatische Berichterstatter des „Cö-

Die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund.

Die Antwort des Völkerbundesrates auf das deutsche Memorandum.

Genf, 15. März.

Der Völkerbundesrat hat gestern nachmittag debattiert beschlossen, folgendes in wesentlichen von dem spanischen Mitglied Quinones de Leon entworfenes Schreiben an die deutsche Regierung zu richten:

Der Völkerbundesrat hat mit besonderer Aufmerksamkeit die Mitteilung der Deutschen Regierung vom 12. 12. 1924 betreffend den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund geprüft. Der Rat hat mit Genehmigung von dem am Beginn des Briefes stehenden Erklärungen Kenntnis genommen:

„die Deutsche Regierung glaubt, daß die politische Entwicklung des letzten Jahres die Möglichkeit des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund eröffnet hat“

sowie von der Absicht, die die Deutsche Regierung in ihrer Denkschrift anzeigt:

„den baldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund anzustreben.“

Die Deutsche Regierung hat bereits die zehn im Völkerbundesrat vertretenen Regierungen befragt und von ihnen begründete Antworten erhalten. Der Rat, der sich aus den Vertretern dieser sämtlichen Regierungen zusammensetzt, kann keine Bemerkung formulieren, die mit diesen Antworten im Widerspruch stünde; daher freut es ihn zu hören, daß die der Deutschen Regierung übergebenen Antworten dieser alle bestmöglich erscheinen. Der Rat bemerkt, daß die Deutsche Regierung hinsichtlich der Bedingungen, unter denen Deutschland in den Völkerbund einzutreten wünscht, auf jede Absicht verzichtet, „besondere Vergünstigungen für Deutschland zu fordern“, aber daß sie erwartet, daß dieser Eintritt sich auf dem Fuße der Gleichberechtigung vollziehen wird.

Der Rat stellt fest, daß die zehn befragten Regierungen mit dieser Bedingung vollständig einverstanden sind. Auch er hält den Grundsatz der Gleichberechtigung, der sowohl gleiche Pflichten wie auch gleiche Rechte für alle bedingt, für eines der wesentlichsten Elemente des Völkerbundes.

Gleichzeitig glaubt er die Bemerkung machen zu müssen, daß dieser Grundsatz wichtige Folgen für die besondere Frage bedingt, welche die Deutsche Regierung in Bezug auf Artikel 16 des Völkerbundespaktes aufweist. Deutschland verlangt lediglich im Hinblick auf diesen Artikel eine Ausnahmebestimmung; aber dieser Artikel ist von grundlegender Bedeutung für die Verfassung des Völkerbundes; denn er betont zum großen Teil die Garantien, die alle Völkerbundmitglieder genießen und die Verantwortlichkeit, die sie übernehmen. Bei der Debatte über diesen Standpunkt zu dieser Frage lenkt die Deutsche Regierung die Aufmerksamkeit auf die militärische durch den Vertrag von Versailles geschaffene Lage Deutschlands hin. Sie spricht die Befürchtung aus, daß im Falle, wo die im Artikel 16 vorgesehenen Maßnahmen zum Ausdruck von Feindseligkeiten führen würden, Deutschland nicht in der Lage wäre, sein Gebiet gegen eine militärische Invasion zu schützen. Die Deutsche Regierung fügt hinzu, daß nach ihrer Ansicht es nur einen Ausweg aus der schwierigen Lage gibt, in der sie sich befindet: „man wird Deutschland für den Fall von internationalen Konflikten die Möglichkeit lassen müssen, das Ausmaß seiner aktiven Teilnahme selbst zu bestimmen.“ An einer anderen Stelle opponiert die Deutsche Regierung dagegen, daß Deutschland gezwungen wäre, „auf die Realität zu verzichten“,

wenn es in den Völkerbund eintritt. Der Rat hält es für angezeigt, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen,

daß Art und Bedeutung der effektiven Teilnahme der Völkerbundstaaten an militärischen, dem Völkerbund in Ausführung des Paktes unternommen Operationen notwendigerweise mit ihrer militärischen Lage variieren. Nach der Bestimmungen des Paktes hat der Völkerbundesrat die Verpflichtung, die militärischen, maritimen und Luftstreitkräfte zu empfehlen, mit denen die Völkerbundmitglieder zu der bewaffneten Macht beitragen werden, die den Verpflichtungen des Völkerbundes nachsichtig verschaffen soll. Es wird Deutschland selbst zu raten, zu sagen, bis zu welchem Grade es in der Lage wäre, den Empfehlungen des Völkerbundesrates zu entsprechen. Der Rat erinnert außerdem die Deutsche Regierung daran, daß ein Mitglied des Völkerbundes und des Völkerbundesrates immer an der entscheidenden Entscheidung über die Anwendung der Grundsätze des Paktes teilnehmen würde.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Maßnahmen bestimmen die Völkerbundstaaten selbst getrennt oder unter vorheriger Verständigung die realen Maßnahmen zur Durchführung der allgemeinen Verpflichtungen, die sie übernommen haben. Immerhin lassen die Bestimmungen des Paktes es nicht zu, daß, wenn eine Aktion kraft Artikel 16 unternommen wird, jeder einzelne Völkerbundstaat getrennt darüber entscheidet, ob er daran teilnehmen darf.

Der Rat hält es für seine Verpflichtung, offen seine Meinung dahin auszusprechen, daß jeder Vorbehalt in dieser Richtung geächtet wäre, die Grundlage des Völkerbundes zu untergraben, und mit der Lage eines Völkerbundmitgliedes unvereinbar wäre.

Es scheint dem Rat unumwunden, daß ein Mitglied des Völkerbundes und des Rates im Falle von Operationen gegen einen Staat, der den Pakt verletzt hat, eine Stellung behält, die für seine Staatsangehörigen die Freiheit lassen würde, sich den allgemeinen Verpflichtungen, die der Pakt auferlegt, zu entziehen. Es ist kaum notwendig, darauf hinzuweisen, daß andere Länder, deren militärische Kräfte durch die Bestimmungen der bestehenden Verträge ebenfalls eingeschränkt worden sind, bei ihrem Eintritt in den Völkerbund den Pakt ohne Vorbehalt angenommen haben. Der Rat hofft, daß diese Bemerkungen dazu beitragen werden, die Haltung seiner Mitglieder gegenüber den von der Deutschen Regierung aufgeworfenen Fragen zu erklären. Die allgemeinen Bedingungen für die Aufnahme neuer Mitglieder sind in Artikel 1 des Völkerbundespaktes niedergelegt, und die Entscheidung in dieser Frage steht kraft dieses Artikels der Völkerbundesversammlung zu, die bereits wiederholt ihren Wunsch nach Universalität des Völkerbundes ausgesprochen hat. Wenn durch eine aktive Mitarbeit an den Arbeiten des Völkerbundes in der Eigenschaft als Mitgliedstaat ein Land seinen berechtigten Teil Einfluß auf die Entscheidungen des Völkerbundes erlangen. Entscheidungen, die nie verfehlen, wichtige Folgen zu haben.

Der Rat wünscht schließlich Deutschland gegenüber den aufrichtigen Wunsch auszusprechen, es an den Völkerbundarbeiten beteiligt zu sehen und so für die Organisation des Friedens die Rolle zu spielen, die seiner Lage in der Welt entspricht.

„seiner“ schreibt zur morgigen Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Herriot, die entscheidende Frage sei, ob Frankreich zustimmen werde, daß ein Unterschied zwischen den westlichen und östlichen Grenzen Deutschlands gemacht werde. Ein Argument zugunsten dieses Vorschlags, das Chamberlain vermutlich vorbringen werde, falls er eine ungünstige Antwort vorbringe, werde sein,

daß Polen auf die Dauer einen vorteilhafteren Handel machen werde, wenn es Deutschland den Korridor und den jetzt Polen zugewiesenen Teil Oberschlesiens zurückgeben würde. Unter den jetzigen Verhältnissen lebe Polen auf einem Sackgasse. Wenn es den Preis zahle, der allein den Sicherheitspakt ermöglichen, dann werde Polen selbst Sicherheit haben, und zweitens eingeladen werden, sich mit Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Belgien, Italien und der Tschechoslowakei am Pakt zu beteiligen. Dies seien offenbar die Richtlinien, die für Chamberlains Politik maßgebend sein würden.

Deutsch-feindliche Kundgebungen in Polen.

Kattowitz, 16. März.

Während in Kattowitz, Wuhau und Tarnow große deutschfeindliche Kundgebungen gegen eine Änderung der Westgrenze Polens statt. Die Wuhau-Direction hatte Sonderzüge eingeleitet. Es wurden aufreizende Reden gehalten, in denen verlangt wurde, die Deutschen, wenn nötig mit Gewalt, aus Polen zu entfernen. In einem Demonstrationzuge wurde ein Wagen mitgeführt, in dem eine lebensgroße Puppe in deutscher Uniform aufgestellt war. Nach Schluß der Reden ging die mehrtausendköpfige Menge unter Schreien auf die Deutschen und auf Englands Verhalten im Völkerbundesrat ein. In Tarnow ist es nicht gekommen.

Warschau, 16. März.

Wegen der angeblichen Gefahr einer deutsch-polnischen Grenzbedrohung zugunsten Polens hatte der Warschauer Magistrat gestern eine große Kundgebung für die Unverletzlichkeit des polnischen Staates einberufen. Die Demonstration, an der sich mehrere tausend Personen beteiligten, fand mittags auf dem Theaterplatz statt. Der Bürgermeister hielt eine Ansprache, in der er u. a. sagte, niemand im Lande würde sich bereitfinden, auch nur einen Fußbreit Boden gutwillig herauszugeben. Die Absicht eines starken Trupps Demonstrationen vor der englischen Gesandtschaft eine feindliche Kundgebung zu veranstalten, wurde von der Polizei vereitelt. Vor der deutschen Gesandtschaft blieb alles ruhig.

Ein kommunistischer Demonstration erschossen.

Berlin, 15. März.

In einer Mitteilung der Nachrichtenstelle des Polizeipräsidiums heißt es: Am Sonntag nachmittags passierte ein Zug von etwa 450 kommunistischen Demonstrationen den Hermannplatz in Berlin. Sie brachten einen Straßenbahnwagen, der den Zug durchfahren sollte, gewaltsam zum Halten. Ein Demonstration schlug mit der Weichenstellung auf den Führer ein. Die Verkehrsposten der Schutzpolizei versuchten, den Täter zu verhaften. Der Festgenommene wurde ihnen aber von den Demonstrationen wieder entzogen. Ein zu Hilfe eilender Schutzpolizist wurde ebenfalls von der Menge angegriffen und zu Boden geworfen. In höherer Bedrängnis gab nun ein zufällig im Ziel des Weges kommender Polizeibeamter, der seinen gefährdeten Kameraden beigesteuert war, Schreie ab. Außerdem fielen auch Schüsse aus der Menge. Hierbei wurde einer der beim Angriff auf die Weichen hauptsächlich beteiligten Demonstrationen durch einen Oberleutnant getroffen. Er starb kurz darauf nach der Einlieferung ins Krankenhaus infolge Verblutung. Schließlich gelang es dem alarmierten Überfallkommando, die Menge durch gütliches Zureden zum Aufbruch zu bewegen.